

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	23.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Konservative und Rechte Parteien
Akteure	Christlich-soziale Partei(en) (CSP)
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1965 - 01.01.2021

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Benteli, Marianne
Bernath, Magdalena
Brändli, Daniel
Bühlmann, Marc
Gilg, Peter
Hohl, Sabine
Rinderknecht, Matthias

Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne; Bernath, Magdalena; Brändli, Daniel; Bühlmann, Marc; Gilg, Peter; Hohl, Sabine; Rinderknecht, Matthias 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Konservative und Rechte Parteien, Christlich-soziale Partei(en) (CSP), 1980 – 2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 23.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Sozialpolitik	1
Gesundheit, Sozialhilfe, Sport	1
Medizinische Forschung	1
<hr/>	
Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Parteien	1
Grosse Parteien	1
Konservative und Rechte Parteien	2

Abkürzungsverzeichnis

UNO	Organisation der Vereinten Nationen
EU	Europäische Union
SAG	Schweizer Allianz Gentechfrei
OFRA	Organisation für die Sache der Frau
CNG	Christlichnationaler Gewerkschaftsbund (Vorgänger von Travail.suisse)

ONU	Organisation des Nations unies
UE	Union européenne
StopOGM	Alliance suisse pour une agriculture sans génie génétique
OFRA	Organisation pour la cause des femmes
CSC	Confédération des syndicats chrétiens de Suisse (Prédécesseur de Travail.suisse)

Allgemeine Chronik

Sozialpolitik

Gesundheit, Sozialhilfe, Sport

Medizinische Forschung

Dafür ausgesprochen hatten sich mit Ausnahme von AP, EDU, LP und SD alle im Parlament vertretenen Parteien, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, der Bauernverband und die Kleinbauernvereinigung, der Evangelische Kirchenbund, der Katholische Frauenbund, die Standesorganisationen von Chemischer Industrie und Medizin, die Kommission für biologische Sicherheit, der Bund für Naturschutz sowie das ehemalige Initiativkomitee, welches 1987 mit der Einreichung seines Volksbegehrens «gegen Missbräuche der Fortpflanzungs- und Gentechnologie beim Menschen» die Diskussion überhaupt erst lanciert hatte.

Bekämpft wurde der Verfassungsartikel von der Liberalen Partei, welcher die neuen Regelungen bereits zu restriktiv waren. Als zu permissiv wurde er hingegen von AP, EDU, der SD und der Jungen SVP abgelehnt, ebenso von der Vereinigung «Ja zum Leben» unter der Führung des Berner EVP-Nationalrats Zwygart, von zahlreichen Frauenorganisationen wie der Ofra, der FraP und – abweichend von der Gesamtpartei – vom Vorstand der CVP-Frauen, von Behindertenvereinigungen sowie vom Basler Appell gegen Gentechnologie und der Schweizerischen Arbeitsgruppe Gentechnologie (SAG).¹

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Grosse Parteien

Wenn man sich in der SP darüber uneins war, ob und wie weit man mit bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten könne, so sah sich die **Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)** von der Frage nach ihrem Standort im Spannungsfeld zwischen rechts und links bedrängt. Die Polarisierung in der schweizerischen Politik – und die in CVP-Kreisen wachsende Tendenz zu einem konservativeren Kurs – hatte schon 1978 zu einer **Reaktivierung der christlichsozialen Linken** geführt. Diese verfügt traditionellerweise auf Landes- wie auf Kantonsebene über eigene, mehr oder weniger stark ausgebildete Organisationen. Ihr Dachverband, die Christliche Sozialbewegung der Schweiz, beschloss zu Anfang des Jahres, ein hauptamtliches Sekretariat einzurichten; zugleich trat er mit einem Informationsblatt («Der Funke») hervor.

An einer Delegiertenversammlung der CVP im Februar, die zur Erinnerung an die zehn Jahre zuvor beschlossene Parteireform wieder in Solothurn abgehalten wurde, kamen die **inneren Spannungen** zur Sprache; dabei forderte Parteipräsident Hans Wyer, selber ein Christlichsozialer, eine bessere Verwurzelung der CVP in der Arbeiterschaft. Dem entsprach man durch eine Verstärkung der Christlichsozialen im Parteipräsidium; im Herbst folgte eine Statutenrevision, die den «Vereinigungen» innerhalb der Partei die direkte Abordnung von Vertretern in die Delegiertenversammlung zugestand. (Die einzige «Vereinigung» bildet bisher die Christlichsoziale Parteigruppe. Die Revision anerkannte auch die CVP-Vertreter in der Bundesversammlung wieder als Delegierte, wodurch das 1970 eingeführte demokratische Repräsentationsprinzip eingeschränkt wurde.)

Die massgebenden Exponenten des christlichsozialen Flügels postulierten höchstens eine Rückkehr zur konservativ-christlichsozialen Doppelorganisation, wie sie vor 1970 bestanden hatte (so etwa Guido Casetti, Präsident des CNG).

Ein Schritt in dieser Richtung wurde in Genf getan, wo sich nach einem rechtsgerichteten Groupement des indépendants auch ein Groupement chrétien-social bildete. Die Genfer CVP weist bereits Gruppen der Bauern, der Jugend, der Frauen und der Ausserkantonalen auf.

In Freiburg kam es dagegen zu einer **eigentlichen Spaltung**: Die bisher mit der CVP verbundenen Christlichsozialen des deutschsprachigen Sensebezirks vereinigten sich mit dem 1966 entstandenen **Parti indépendant chrétien-social** zu einer selbständigen Formation; dadurch erscheint die noch immer dominierende Stellung der Partei im

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 18.05.1992
MARIANNE BENTELI

ANDERES
DATUM: 31.12.1980
PETER GILG

katholischen Stammland an der Saane ernstlich bedroht. (Zur Christlichsozialen Partei zählen 10 von 130 Grossratsmitgliedern.)

Der Anspruch der CVP, auf eidgenössischem Boden eine eigenständige Politik der Mitte zu verfolgen, erschien namentlich linken Kritikern nicht eingelöst. Vor allem wurde auf eine eher konservative Haltung der christlichdemokratischen Ständeräte hingewiesen. Wegen der Beschränkung des Mitbestimmungspostulats auf die Betriebsebene sowie wegen der Zustimmung zum Saisonarbeiterstatut kamen aber auch Nationalräte unter Beschuss, in der Saisonierfrage sogar aus den eigenen Reihen.

Progressiver wirkte demgegenüber ein von der Partei veröffentlichtes Entwicklungshilfekonzept, das u.a. Vorkehrungen gegen die Kapitalflucht aus der Dritten Welt vorsah (v.a. das radikalere Konzept der Jungen CVP).²

Konservative und Rechte Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 24.12.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Kanton Baselland haben sich **innerhalb der CVP die Christlichsozialen zu einer Arbeitsgruppe zusammengeschlossen**. Ziel dieser Gruppe ist es, die kantonale Mutterpartei auf eine Politik der Ökologie und der Solidarität zu verpflichten. Insgesamt existieren damit christlichsoziale Arbeitsgruppen resp. Bewegungen und Parteien in den Kantonen Baselland, Freiburg, Graubünden, Jura, Obwalden, St. Gallen, Solothurn, Thurgau, Wallis und Zürich. Die 1957 gegründete Christliche Sozialbewegung (CSB), die im wesentlichen von der Christlichsozialen Parteigruppe, dem Christlichnationalen Gewerkschaftsbund und der Katholischen Arbeitnehmerbewegung getragen wird, hat sich ein neues Leitbild mit Einbezug aller aktuellen gesellschaftlichen Themen, wie z. B. Umweltpolitik, Gleichberechtigung oder Friedenspolitik, gegeben.³

WAHLEN
DATUM: 20.10.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die christlich-soziale Partei des Kantons Freiburg ist für die **Nationalratswahlen** eine Listenverbindung mit der Demokratisch-sozialen Partei eingegangen. Mit 7,7% Wähleranteil **eroberte sie einen Sitz** in der Person von Hugo Fasel, der in die CVP-Fraktion aufgenommen wurde. Bei den **kantonalen Wahlen** eroberte die CSP **neun Sitze bei 7,1% Wähleranteil**. Die bündnerische CSP versuchte mit einer Mitte-Links-Allianz bei den Nationalratswahlen die CVP zu konkurrenzieren; mit der Listenbezeichnung Christlichsoziale und Unabhängige – in einem Wahlbündnis mit der SP, Autunna verde und Jung 91 – erreichte sie 6,9% Wählerstimmen. Die jurassische PCSI hat auf die Teilnahme an den Nationalratswahlen verzichtet.⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 27.11.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Kanton Schwyz wurde die christlich-soziale Parteigruppe **neu gegründet**, nachdem sie 1971 zusammen mit der Katholisch-Konservativen Partei zur CVP zusammengeschmolzen worden war. Sie beteiligte sich auch mit einer eigenen Liste – verbunden mit derjenigen der CVP – an den Nationalratswahlen. Die Bestrebungen der **CSP Uri**, sich von der **Mutter-Partei loszusagen**, führten im Berichtsjahr noch zu **keinem Entscheid**. Im Kanton **Luzern** konnte die CSP ihren **Sitz im Parlament verteidigen**, ebenso bei den Luzerner Stadtwahlen.⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 10.02.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die christlich-sozialen Parteigruppen der **Kantone Aargau und Obwalden unterstützten** im Gegensatz zur Mutterpartei die **Krankenkasseninitiative**, welche laut ihrer Begründung mit der christlichen Sozialbewegung in Einklang stehe. CSP-Parteigruppen und Vereinigungen, welche in den CVP-Kantonalparteien integriert sind, existieren in den Kantonen AG, GE, SZ, SO, SG, TG, UR, ZH sowie in den Städten Zug und Schaffhausen. Die **CSP Oberwallis und die CSP Obwalden** sind selbständige CSP-Kantonalparteien, welche direkt in die CVP Schweiz integriert sind.⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 11.09.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Christlichsoziale Partei der Schweiz (CSP) fasste im Berichtsjahr die **Ja-Parolen zur Krankenkassen- und Tierversuchsinitiative**, lehnte die Revision des Stempelsteuergesetzes jedoch ab. Im Berichtsjahr existierten in den Kantonen Freiburg, Graubünden und Luzern von der CVP unabhängige, zur CSP Schweiz zusammengeschlossene Kantonalparteien; die CSP Jura (PCSI) blieb weiterhin autonom.⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 24.10.1999
DANIEL BRÄNDLI

Die Christlich-Soziale Partei der Schweiz (CSP), die vor zwei Jahren gegründet worden war, wählte an ihrer Delegiertenversammlung vom März in Luzern die Zürcher **Sekundarlehrerin Monika Bloch Süss zur Präsidentin**.

Die Delegierten verabschiedeten ein **Zwölf-Punkte-Programm**, welches den Beitritt der Schweiz zu EU und UNO, verstärkte Asylhilfe in den Ursprungsländern, die Sicherung der Sozialwerke durch neue Mehrwertsteuerprozente, eine höhere Besteuerung der nichterneuerbaren Ressourcen, den Ausstieg aus der Atomwirtschaft, die Einführung einer CO₂-Steuer sowie höhere Kinderzulagen und Steuerabzüge für die Kinderbetreuung fordert.

Im September wurde mit **Graubünden die fünfte Kantonalsektion** in die Partei aufgenommen. Die CSP ist damit in den Kantonen, Jura, Freiburg, Luzern, Zürich und Graubünden vertreten.

Bei den Nationalratswahlen trat die CSP in den Kantonen Luzern, Freiburg und Zürich an. Es gelang ihr, den **bisherigen Sitz in Freiburg (Fasel) zu halten**.⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 31.12.2000
DANIEL BRÄNDLI

Bei den Parlamentswahlen im Kanton Graubünden verlor die **CSP** alle ihre drei bisherigen Mandate.

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 17.08.2004
MAGDALENA BERNATH

Im Frühjahr sprachen sich die Delegierten der **CSP** für eine stärkere christliche Orientierung der Partei aus, das christlichsoziale Gedankengut werde innerhalb der CVP immer mehr verletzt – diese hatte für die Mietrechts- und die 11. AHV-Revision die Ja-Parole herausgegeben; und auch beim Steuerpaket, bei der Post-Initiative, der NFA und der Stammzellenforschung, die später im Jahr zur Abstimmung gelangten, gingen die Meinungen der beiden Parteien auseinander; die Empfehlungen der CSP deckten sich mit Ausnahme der Stammzellenforschung, zu der sie Stimmfreigabe beschloss, mit jenen der SP. Im Sommer sprach sich der Vorstand der CSP für den definitiven Ausstieg aus der Kernenergie bis ins Jahr 2015 aus. Die nach wie vor ungelösten Probleme bei der Endlagerung von radioaktiven Abfällen sowie der schnelle Technologiefortschritt alternativer Energiequellen sprächen für diesen Schritt. Gleichzeitig anerkenne die Partei die Notwendigkeit von Endlagern für radioaktive Abfälle in der Schweiz.

Bei den Wahlen in die Legislative der Stadt Luzern musste die CSP ihren einzigen Sitz abtreten.⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 31.12.2005
MAGDALENA BERNATH

Im Herbst trat die CSP des französischsprachigen Wallis, die im Frühling in den Grossratswahlen des Kantons einen Sitz hatte erringen können, der **CSP Schweiz** bei. Diese setzte sich bis anhin aus den Kantonalsektionen Jura, Zürich, Luzern, Obwalden (als assoziiertes Mitglied) und Freiburg zusammen. Die CSP Schweiz befürwortete einstimmig das Schengen/Dublin-Abkommen, mit lediglich einer Gegenstimme die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Länder sowie mit grosser Mehrheit das Partnerschaftsgesetz und das Gentech-Moratorium in der Landwirtschaft. Zu den Sonntagsverkäufen in Bahnhöfen gab sie die Nein-Parole heraus [53].¹⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 06.10.2008
SABINE HOHL

Hugo Fasel (FR), Nationalrat der Christlich-sozialen Partei (CSP), trat auf Ende des Jahres zurück. Sein Sitz wurde von Marie-Thérèse Weber-Gobet übernommen. Fasel war 17 Jahre im Nationalrat gesessen und hatte die Politik der CSP auf der nationalen Ebene geprägt. An ihrer Delegiertenversammlung im April fassten die Christlichsozialen folgende Parolen: Nein zur Einbürgerungsinitiative, zur Initiative „für Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“ und zum Gesundheitsartikel. Im Oktober beschlossen die Delegierten der CSP die **Ja-Parole zur SGB-Initiative für eine Flexibilisierung des Rentenalters**, zur Hanfliberalisierungsinitiative und zum revidierten Betäubungsmittelgesetz. Abgelehnt wurden die Initiative für die Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts und die Initiative für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern.¹¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 04.10.2010
MARC BÜHLMANN

An der Delegiertenversammlung vom 3. Oktober in Zürich wurde Marius Achermann zum **neuen Präsidenten** der CSP gewählt. Der Freiburger ersetzte die Gemeinderätin der Stadt Zürich Monika Bloch Süss, die zehn Jahre an der Spitze der Partei gestanden hatte. Bei den **Regierungsratswahlen im Kanton Jura** verlor die Partei ihren Regierungsratssitz an die SP. Laurent Schaffter wurde nicht wiedergewählt. Auch bei den kantonalen Parlamentswahlen in den Kantonen Jura und Obwalden musste die CSP leichte Wählerverluste hinnehmen. In Obwalden hat sie noch einen Wähleranteil von 15.5%, im Jura von 13.2% (je 8 Sitze).¹²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 17.01.2011
MARC BÜHLMANN

An der Delegiertenversammlung im Januar beschloss die CSP die Unterstützung der **Waffeninitiative**. Sicherheit sei wichtiger als Tradition, so das Argument.¹³

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 27.05.2011
MARC BÜHLMANN

In der **Energiepolitik** setzte sich die CSP gegen neue Kernkraftwerke ein. An der Januar-Versammlung wurde eine Resolution gegen den Bau neuer Atomkraftwerke verabschiedet und im Kanton Freiburg lancierte die Partei eine Volksmotion für ein stärkeres Mitwirkungsrecht der Bevölkerung bei Fragen zur Atomenergienutzung. Die Partei sprach sich zudem für eine sofortige Stilllegung des AKWs Mühleberg aus.¹⁴

WAHLEN
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Mit dem Slogan „einfach menschlich“ wollte die CSP ihren Sitz im Nationalrat mit Forderungen im Bereich der Sozial- Umwelt- und Bildungspolitik verteidigen. Gemäss ihrer Wahlplattform versprachen die Christlichsozialen, sich für einen Ausstieg aus der Kernenergie, die Vereinheitlichung der Schulbildung auf Bundesebene und für eine Aufhebung des kantonalen Steuerwettbewerbs einzusetzen. Die vor allem im Kanton Freiburg stark verankerte CSP schaffte es allerdings nicht, ihren Sitz im **Nationalrat** zu verteidigen. Marie-Thérèse Weber-Gobet, die noch während der Legislatur für den bekannten Hugo Fasel nachgerückt war, vereinte zwar viele Stimmen auf sich, der Wähleranteil der Partei war mit 5,5% aber zu gering für den anvisierten Sitzerhalt. Die Christlichsozialen waren neben Freiburg auch in den Kantonen Zürich (0,2%) und Wallis (0,7%) angetreten – allerdings ebenfalls ohne zählbaren Erfolg. Die ursprünglich geplanten Listen in den Kantonen Zug und Jura kamen nicht zustande. Damit war die CSP erstmals seit 1991, als sie den Sitz mit Fasel erobert hatte, nicht mehr im nationalen Parlament vertreten.¹⁵

WAHLEN
DATUM: 31.12.2011
MARC BÜHLMANN

Bei den **kantonalen Wahlen** im Kanton Freiburg konnte die CSP trotz Wählerverlusten (-1 Prozentpunkt; neu 3,7%) ihre vier Sitze halten. Pierre-Olivier Nobs, der ins Rennen um die Staatsratssitze stieg, schaffte es in zwei Umgängen jedoch nicht, an den arrivierten Parteien vorbei zu kommen.¹⁶

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 12.05.2012
MARC BÜHLMANN

Der Verlust ihres Freiburger Sitzes bei den Nationalratswahlen 2011 war für die CSP Anlass, ihren Namen zu überdenken. Auf nationaler Ebene als auch in den Kantonen – die CSP hat Sektionen in den Kantonen Jura, Freiburg, Wallis und Zürich – sollte bis im Sommer 2013 vor allem über das C reflektiert werden. Darüber hinaus sollten auch **thematische Perspektiven** entwickelt werden. Favorisierte Themen waren die Generationenpolitik, die Umwelt- und Energiepolitik sowie die Raumplanung. An ihrer Delegiertenversammlung Mitte Mai beschloss die Partei, mit einer Bündelung der Kräfte und einem besseren Profil „zurück ins Bundeshaus“ zu wollen.¹⁷

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 27.10.2012
MARC BÜHLMANN

Die CSP stellte sich gegen den Bau einer zweiten Gotthardröhre und forderte in einer Resolution die konsequente Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene. Zudem forderte sie Ende Oktober eine kohärentere **Verkehrspolitik**, welche die Randregionen besser respektiere. Dies war eine Reaktion auf einen vom Bundesrat in die Vernehmlassung gegebenen Vorschlag, unrentable Bahnlinien durch Busse zu ersetzen.¹⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 16.12.2012
MARC BÜHLMANN

Ende Dezember beschloss die CSP, das Referendum gegen die Revision des **Asylgesetzes** zu unterstützen. Mit der neuesten Revision würden fundamental wichtige humanitäre Prinzipien in Frage gestellt.¹⁹

WAHLEN

DATUM: 06.03.2013
MARC BÜHLMANN

Die CSP Schweiz hatte sich 1997 aus den jeweils unabhängigen Kantonalparteien Jura, Freiburg, Luzern und Zürich national zusammengeschlossen. Seit 2002 gehörte auch die CSP Valais Romand dazu, nicht aber die CSP Oberwallis, die zur CVP-Familie gehört. Insgesamt verfügte die CSP Ende Berichtsjahr in den Kantonen über 16 Mandate (ZH: 1; FR: 4; JU: 8; VS: 3), wobei die drei Sitze im Kanton Wallis bei den **Gesamterneuerungswahlen** verteidigt werden konnten. Der Sitz in Zürich fiel bereits 2012 der CSP zu, weil der für die Christlich-Sozialen auf der Liste der Grünen antretende Kandidat als Ersatz für eine zurücktretende Kantonsrätin der GP nachrutschte.²⁰

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 02.09.2013
MARC BÜHLMANN

An der Delegiertenversammlung Ende August beschloss die CSP etwas überraschend und nach eingehenden Diskussionen die Ja-**Parole** zur Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht. Mit einer frewilligen Armee könnten die Leute gezielter und entsprechend ihrer Kompetenzen eingesetzt werden. Die CSP-Zürich entschied sich allerdings entgegen der Parole der Mutterpartei für Stimmfreigabe. Zum Raumplanungsgesetz hatte die Partei Ende Januar in Martigny, auch unter dem Eindruck der starken Präsenz der Walliser Sektion, Stimmfreigabe beschlossen.²¹

PARTEICHRONIK

DATUM: 26.10.2013
MARC BÜHLMANN

Die bereits im Vorjahr ins Auge gefasste **Namensänderung** für die nationale Mutterpartei nahm im Berichtsjahr Gestalt an. Ende August schlug der Vorstand der CSP das neue Label „Mitte links – CSP“ vor. An der Delegiertenversammlung vom 26. Oktober in Delémont wurde über diesen Vorschlag beraten. Die Abgeordneten hiessen den neuen Namen gut und wiesen den Vorstand an, die entsprechenden Statutenänderungen vorzubereiten. Mit dem neuen Label sollen neue Wählerschichten angesprochen werden. An der bisherigen politischen Ausrichtung mit dem Fokus auf die Sozial- und Umweltpolitik soll sich aber nichts ändern.²²

PARTEICHRONIK

DATUM: 31.12.2013
MARC BÜHLMANN

Die **CSP Obwalden** gehört nicht zur CSP, sondern politisierte bis 2002 unter dem Dach der CVP Schweiz. Aufgrund von internen Streitigkeiten verselbständigte sich die CSP-OW und war zwischen 2005 und 2009 assoziiertes Mitglied der CSP Schweiz. Seit 2010 ist die CSP-OW aber wieder eine eigenständige, nur auf kantonaler Ebene agierende Partei. Allerdings wurde 2011 mit Karl Vogler ein CSP-OW-Mitglied in den Nationalrat gewählt, das sich für den Anschluss an die CVP-Fraktion entschied.²³

ANDERES

DATUM: 11.01.2014
MARC BÜHLMANN

Die von der **CSP** bereits 2013 geplante **Namensänderung** wurde 2014 vollzogen. Mitte Januar nahmen die Delegierten in Fribourg die entsprechenden Statutenänderungen mit 15 zu 2 Stimmen an. Die Partei nennt sich neu "Mitte links – CSP". Ein neues Logo, das allerdings die gleichen Grundfarben (türkis, weiss) enthielt wie bisher, wurde Anfang Mai in Bern präsentiert. Mit der Namensänderung sollen neue, vor allem jüngere Wählerschichten angesprochen werden, die mit dem bisherigen „C“ wahrscheinlich eher abgeschreckt worden seien. An der politischen Ausrichtung wolle man jedoch nichts ändern. Nimmt man die Abstimmungsparolen der CSP zu den eidgenössischen Abstimmungen zum Nennwert, entsprach diese politische Linie durchaus links-grünen Positionen: Die Parolen der CSP waren nämlich bei allen zwölf eidgenössischen Abstimmungen identisch mit den Empfehlungen von SP und GP.²⁴

1) JdG, 13.5.92; Presse vom 16.5.92.

2) Vat., 8.1., 31.1., 27.10.80; 24 Heures, 23.1.80; NZZ, 4.2.80; BaZ, 8.2.80; Presse vom 9.2., 11.2. und 27.10.1980; JdG, 29.4., 4.9.80; Lib., 30.5., 29.8. und 6.9.80; LNN, 31.5., 5.9.80; Bund, 6.9.80; TW; 12.11.80.

3) Vat. vom 9.11.90, 12.11.90 und 24.12.90

4) Lib. vom 19.11.91; BÜZ vom 22.10.91; Dém. vom 30.8.91

5) LNN vom 23.4.91; Vat. vom 15.6.91; LZ vom 28.11.91

6) AT vom 10.2.92 und LZ vom 1.2.92

7) BaZ vom 11.9.92; Lib. vom 16.9.92; LZ vom 8.2.92

8) NZZ, 22.3. und 20.9.99

9) NZZ, 5.4. und 17.8.04.

10) Presse vom 5.9.05.; TA, 4.4., 5.9. und 26.11.05; NZZ, 31.5.05.

11) Fasel; NZZ, 27.2.08; Lib., 7.11.08. Parolen: TA, 14.4.08; NZZ, 6.10.08.

- 12) NZZ 4.10.10.
- 13) NZZ, 17.1.11.
- 14) NZZ, 17.1.11; BZ, 8.2.11; Lib. 27.5.11.
- 15) Lib. 17.1.11; BaZ, 19.1.11; SN, 23.5.11; NZZ, 22.9.11; Presse vom 24.–26.10.11.; Lit. BFS.
- 16) Presse vom 14.11. und 5.12.11; in den anderen sechs Kantonen, in denen im Berichtsjahr kantonale Wahlen stattfanden (AI, AR, ZH, LU, TI, BL), trat die CSP nicht an.
- 17) Medienmitteilung CSP vom 12.5.12; Lib, 27.8.12.
- 18) Medienmitteilung CSP vom 25.8. und 27.10.12.
- 19) Medienmitteilung CSP, 17.12.12.
- 20) www.csp-pcs.ch.
- 21) NZZ, 2.9.13.; www.csp-pcs.ch
- 22) Medienmitteilung der CSP zur DV vom 26.10.2013.; NZZ, 2.9.13.
- 23) www.csp-ow.ch.
- 24) Lib, 13.1.14; NF, 6.10.14